

P. XVIII, 5

8. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 1 | <u>"Ostpolitik"</u> Bitte, etwas mehr Diskretion! | 22 |
| 1 | <u>Lastenverteilung</u> Kommt es zu Steuererhöhungen? | 24 |
| 2 - 3 | <u>Sind Kursgewinne der Aktien richtig versteuert?</u> Zur Änderung des Bewertungsgesetzes Von Dr. Alex Möller, MdB | 82 |
| 4 | <u>Ein Mann geht nach Kenya</u> Beispiel praktischer Entwicklungshilfe | 28 |
| 4 | <u>"Du sollst nicht falsch Zeugnis reden ..."</u> Christlich-Soziale Kollegenschaft und Betrieberätewahlen 1963 | 22 |
| 5 - 6 | <u>Sekten unter dem Sowjetstern</u> Moskau kann mit ihnen nicht fertig werden Von Rudolf Hornig | 77 |

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Ostpolitik"

sp - Seit der Geburtstagsfeier des Bundeskanzlers und der Ankündigung Chruschtschows, er werde an der Spitze einer großen Delegation am SED-Parteitag in Ostberlin teilnehmen, wollen zahlreiche "Sowjetologen" wieder einmal das Gras wachsen hören. Da werden geheimnisvolle Vermutungen und gewagte Kombinationen in die Welt gesetzt, die sich jedoch meist schon nach wenigen Stunden als "Versuchsballons" erweisen. Auch die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Bonn und Warschau, sowie der ganze Komplex von Gesprächen über den Interzonenhandel bieten Anlass zu allerlei Gerüchten. - Wir meinen, daß es nicht gut ist, wenn alle diese so überaus schwierigen Fragen auf offenem Markt diskutiert werden, weil besonders voreilige Kombinationen sinnlos sind und der Sache, um die es geht, meist nur schaden. Wenn Kennedy seine sehr vorsichtigen Fühlungsnahmen mit Chruschtschow im Augenblick der Kuba-Krise in alle Welt hinausposaunt hätte, und wenn umgekehrt der Kremelchef nicht diskret gewesen wäre, würde sicher ein anderes Ergebnis bei dem Versuch einer Neutralisierung des Kuba-Konfliktes herausgekommen sein. So verkrampt, wie das Ost-Westverhältnis jetzt schon seit einigen Jahren ist, muß bei allen Versuchen zur Entkrampfung damit gerechnet werden, daß außer den Sach- auch Prestigefragen eine große Rolle spielen. Die Geschichte hat aber noch immer gezeigt, daß der Blick auf das sogenannte Prestige eines Staates oder einer politischen Gruppierung der schlechteste Ratgeber ist.

+ + +

Lastenverteilung

sp - Die Diskussion um mögliche und vielleicht unvermeidbare Steuererhöhungen beginnt die innenpolitischen Auseinandersetzungen zu beherrschen. Auf den Bundesbürger prasseln die widersprüchlichsten Meldungen herab. Aus dem Meer von Ungewissheiten schält sich nur eine Gewissheit heraus: alle Berechnungen über den Umfang des Bundeshaushaltes für das Jahr 1963 hängen in der Luft, der vom früheren Finanzminister Starke genannte "Etat der Sparsamkeit" bleibt eine Fiktion, da fast alle Ministerien Mehranforderungen angemeldet haben. Wieder entsteht das aus früheren Jahren gewohnte Tauziehen zwischen Bund und Ländern um den Steueranteil. Noch weiss die Bundesregierung nicht, wieviel sie von den Ländern erhalten wird. In dem verwirrenden Zahlenspiel um Milliarden fählt sich der Bundesbürger ziemlich verloren. Er weiss nur, dass er mehr zahlen soll. - Ein Staat ist umso gefestigter und widerstandsfähiger, wenn die Bürger das Gefühl haben, dass bei der Lastenverteilung ein Höchstmaß von Gerechtigkeit gewahrt wird. Kein Vernünftiger wird sich gegen die Notwendigkeit erhöhter Ausgaben wenden, sofern die Mehrkosten nur gerecht nach der jeweiligen Höhe des Einkommens verteilt sind. Auf diesem Gebiet hat die Bundesrepublik einen Nachholbedarf aufzuweisen. Ihre Steuergesetzgebung ist im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten rückschrittlich orientiert, die Grossverdiener kommen am besten davon, sie stehen, von einer bestimmten Grenze an, unter Naturschutz. Dieser Zustand ist reformbedürftig. Hier liegt ein weites Feld für die parlamentarische Opposition, durch wohlgezielte Anträge für Korrekturen zu sorgen.

+ + +

Sind Kursgewinne der Aktien richtig versteuert ?

Zur Änderung des Bewertungsgesetzes

Von Dr. Alex Möller, MdB

Es steht zur Diskussion, die Bewertung von Wertpapieren und Anteilen für die Vermögenssteuer neu zu regeln, und zwar soll bei der Bewertung ein Abschlag von 50 Prozent von den Steuerkurswerten vorgenommen werden. Steuerkurswerte sind normalerweise die Börsenkurse zum Stichtag, bei unnotierten Werten der gemeine Wert.

Da die letzte Hauptveranlagung zum 1.1.1960 erfolgte, also zu einem Zeitpunkt, zu dem die Börsenkurse einen Höhepunkt erreicht hatten - der absolute Höchststand war am 31.8.1960 zu verzeichnen - liegen zur Zeit die Vermögenssteuerwerte von Wertpapieren in der Regel über den Börsenwerten. Die Folge ist, daß Wertpapierbesitzer, die unter die Vermögenssteuerpflicht fallen, Werte versteuern, die faktisch nicht vorhanden sind.

Wie der Index der Aktienkurse zeigt, bestand schon immer eine Divergenz zwischen Vermögensteuerwerten und Kurswerten, allerdings in der Regel zugunsten des Vermögensteuerpflichtigen. Noch im Jahre 1957 wurden in einem Teil der Fachpresse die Wertpapiere als geeignetes Mittel der Umwandlung von steuerpflichtigen in steuerfreies Vermögen angeführt.

Der Index der Aktienkurse lautet:

| | | |
|--------------------|---|---------------|
| Ende Dezember 1959 | = | rund 500 v.H. |
| Ende August 1960 | = | rund 790 v.H. |
| Ende Dezember 1960 | = | rund 700 v.H. |
| Ende August 1961 | = | rund 650 v.H. |

An einigen praktischen Beispielen soll eine Verdeutlichung erfolgen:

| | Börsenkurs Ende 1950 | Börsenkurs Ende 1962 | Steuerkurs per 31.12.1959 |
|----------|-------------------------|-------------------------|------------------------------|
| Siemens | 43,5 % | 565 % | 582 % |
| R W E | 70,5 % | 612 % | 610 % |
| Karstadt | 77,0 % | 812 % | 940 % |
| B B C | 120,0 % | 605 % | 768 % |

Die bestehende Regelung der Vermögensbesteuerung der Wertpapiere nach Maßgabe der Steuerkurswerte hat also im allgemeinen für den Steuerpflichtigen mehr Vorteile als Nachteile gehabt.

Die Befürworter eines 50-prozentigen Abschlags führen an, daß eine zweifache Besteuerung derselben Werte stattfindet, und zwar sowohl bei den Gesellschaften als auch bei den Wertpapierbesitzern. Hierzu ist festzustellen, daß die Vermögenssteuerlast der Gesellschaften im Rahmen der Gesamtsteuerbelastung eine untergeordnete Rolle spielt. Außerdem drückt sich die Tatsache der Vorbelastung des Vermögens mit Vermögenssteuer im Kurswert der Wertpapiere aus.

Die Befürworter des Abschlags machen weiterhin geltend, daß Grundbesitz in der Vermögensaufstellung für Zwecke der Vermögenssteuer mit

den Einheitswerten, die erfahrungsgemäß nur etwa ein Viertel des Verkehrswerts oder noch weniger betragen, angesetzt wird. Das ist richtig.

Gegenüber diesen Sondervorschriften für die Besteuerung der Vermögensbildung in Sachwerten ist aber hervorzuheben, daß alle Vermögensbildung in Geldwerten, wie Bargeld, Bank- und Postscheckguthaben, mit dem vollen Wert erfaßt wird. Ähnlich sind noch nicht fällige Ansprüche aus Lebensversicherungen zu bewerten, nämlich mit $\frac{2}{3}$ der eingezahlten Prämien oder dem vollen Rückkaufswert.

Die Durchführung des 50-prozentigen Abschlags bei Wertpapieren hätte zur Folge, daß die vermögenssteuerliche Begünstigung aller Sachwertbesitzer gegenüber den Geldsparern noch schärfer betont würde als bisher. In der Denkschrift des BDI ist von dem Rentner die Rede, der von seinem Wertpapiererträgen leben muß. Die meisten Wertpapierbesitzer dürften jedoch bei der Kursentwicklung der vergangenen Jahre ihre Aktien nicht aus Rendite- sondern aus Spekulationsgründen erworben haben, das heißt die Anschaffung erfolgte in der Hoffnung auf eine günstige Weiterveräußerung bei ständig steigenden Kursen. Nachdem nun einmal die Entwicklung der Börsenkurse seit etwa Jahresfrist in umgekehrter Tendenz verläuft, wird nunmehr das Rendite-Denken zur Begründung eines Abschlags verwendet. Es kommt hinzu, daß sicherlich ein sehr großer Teil der Aktien sich nicht im Eigentum von Einzelpersonen, sondern in Form von Paketen oder Beteiligungen bei juristischen Personen befindet.

Weiterhin ist hervorzuheben, daß die bei der Verwertung von Wertpapieren erzielten Erlöse nicht in jedem Fall ertragsteuerlich erfaßt werden (nämlich nur soweit sich die Wertpapiere im Betriebsvermögen befinden bzw. bei Spekulationsgeschäften).

Die Bestrebungen der Befürworter eines 50-prozentigen Abschlags müssen zwangsläufig die Aufmerksamkeit des Gesetzgebers auf die Behandlung der reinen Geldsparer lenken - gleich, ob sie durch Sparanlagen oder in Gestalt von Lebensversicherungen und Bausparverträgen den Sparvorgang vollziehen. Unter diesen Sparern befinden sich diejenigen, die am meisten durch den abgesunkenen Geldwert getroffen werden, die sich aber trotzdem in dem Bestreben, zu Eigentum zu gelangen, in ihrem Sparwillen nicht beeinträchtigen lassen. Bei diesen Sparern fehlt das spekulative Element, das unter Umständen wirtschaftliche Schwankungen noch zu verstärken in der Lage ist. Der der Bildung von Eigentum wohlgesinnte Gesetzgeber müßte daher in erster Linie danach trachten, den Sparvorgang des Geldwertsparens durch entsprechende Minderbewertung in der Vermögenssteuer zu berücksichtigen. Erst nach diesem Schritt wäre ein Abschlag auch auf den Wertpapierbesitz zu erwägen, und zwar im Hinblick auf die derzeitige vermögenssteuerliche Erfassung des Grundbesitzes.

Ein Mann geht nach Kenya

Über ein ungewöhnliches Beispiel praktischer Entwicklungshilfe berichtet die in Kiel erscheinende VZ :

Die Geschichte begann so: Im vergangenen August waren zwei Minister aus Kenya in Bonn. Sie wandten sich an die "Weltweite Partnerschaft", eine gewerkschaftliche Organisation, die unterentwickelte Länder unterstützt. Die Minister suchten einen Drucker. Er musste nicht nur in seinem Fach beschlagen sein, er musste auch gut Englisch sprechen können. Die "Weltweite Partnerschaft" fragte bei deutschen Druckereien und Zeitungen an. Auch die "VZ" wurde gefragt. Verlagsleiter Wulff wusste, dass Winkler während seiner Gefangenschaft im Kriege in Kanada und in England als Dolmetscher gearbeitet hatte. Das kam ihm jetzt gut zustatten. Winkler reichte seine Bewerbung ein. "Ich habe nie geglaubt, dass ich eine Chance hätte". Doch man wählte ihn aus.

Jetzt ist es soweit. Die "VZ" hat Winkler für ein halbes Jahr freigestellt. Seine Frau kann er leider nicht mitnehmen. Geldlich ist alles bestens geregelt. Winkler wurde inzwischen gegen Gelbfieber, Typhus und Pocken geimpft. Das Kieler Hygiene-Institut stellte ihm ein Tropen-Tauglichkeitszeugnis aus.

Die Maschinen für die neue Druckerei in Nairobi sind in Deutschland gekauft worden. Winkler wird mit eingeborenen Druckern arbeiten, die in Israel ausgebildet werden. Welche Schwierigkeiten ihn allerdings bei seiner Aufgabe in Nairobi erwarten, das weiss er nicht. "Niemand in Deutschland konnte mir sagen, wie ich mich dort im einzelnen verhalten soll", meinte er. Keiner hatte bisher Erfahrungen mit schwarzen Druckern. Die Erfahrungen soll Winkler erst sammeln. Doch er weiss schon, wie er seine zukünftigen Kollegen in Nairobi in die Geheimnisse der schwarzen Kunst einweihen wird. "Ich muss ihnen alles so sagen, dass sie den Eindruck haben, sie wären von selbst auf die Idee gekommen."

+ + +

"Du sollst nicht falsch Zeugnis reden ..."

F.Z. - Die im Frühjahr stattfindenden Betriebsrätewahlen sind für die Männer um Pater Reichel eine willkommene Gelegenheit, wiederum eine Breitseite gegen die "sozialistischen DGB-Gewerkschaften" abzufeuern. So winkelt es in ihrem "Aufruf zur Betriebsratswahl 1963" nur so von Angriffen, Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die SPD und die DGB-Gewerkschaften. Dagegen kommen die Kommunisten geradezu glimpflich mit dem niedlichen Sätzchen weg: "Vorsicht aber auch vor getarnten kommunistischen Listen!" - Ausgerechnet unter Zitierung des alten gewerkschaftlichen Kampfrufes: "Brecht die Monopole!" fordert man zur Bildung und Unterstützung konkurrierender Listen und damit zur Aufspaltung der Belegschaften in sich bekämpfende Gruppen und Grüppchen auf. Was eine "echte Belegschaftsliste" ist, bestimmt natürlich die Christlich-Soziale Kollegenschaft und ausserdem weiss man, dass "erfahrungsgemäss auch zahlreiche DGB-Gewerkschafter in geheimer Wahl ihre Stimme konkurrierender (sprich: Spalter-) Listen geben". Es bleibt ob solchen "Wissens" zwar unerfindlich, wieso diese nicht bei einer ebenso geheimen Persönlichkeitswahl ihre Stimme konkurrierenden Kandidaten geben könnten, aber das herauszufinden ist ja schliesslich nicht unsere Sorge. - Man hat wirklich grosse Sorgen - und darüber täuschen auch die kraftmeierischen Sprüche und Beschwörungen dieses Aufrufes nicht hinweg - wie man es wohl fortigbringen könnte, sein sektiererisches Dasein aufzuwerten. Und dazu müssen eben auch Betriebsrätewahlen herhalten!

+ + +

Sekten unter dem Sowjetstern

Von Rudolf Hornig

Der Versuch der 32-köpfigen Gruppe sibirischer Anhänger der "Zeugen Jehovas", in der US-Botschaft in Moskau ein Asyl zu finden, hat die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Tatsache gelenkt, dass das Sowjetregime trotz fast 46-jähriger antireligiöser Kampagne mit den Sekten nicht fertig werden kann. Sicherlich werden die Sowjets den Moskauer Verzweiflungsakt der sibirischen "Zeugen Jehovas" jetzt als einen Beweis dafür werten, dass sie diese Sekte nicht ohne Grund verdächtigt hätten: Im Vorjahr waren in den sowjetischen Zeitungen die "Zeugen Jehovas" wiederholt beschuldigt worden, Kontakte mit amerikanischen Besuchern der Sowjetunion und den "Kapitalisten" gepflegt zu haben. An der Tatsache, dass die Sekten in der Sowjetunion offenbar nicht auszurotten sind, wird diese "Beweisführung" allerdings nichts ändern.

Sogar im Neulandgebiet ...

Als vor vier Jahren Chruschtschow die sowjetische Jugend beim Komsomolzenkongress in Moskau aufrief, die Neulandregion in Nordkasachstan zur neuen Kornkammer der Sowjetunion zu machen, sollte die Jugend der Hauptträger dieses Unternehmens sein. Man werde das Neuland mit neuen, jungen Menschen besiedeln, die im Geiste des Kommunismus erzogen seien und so den "kommunistischen Menschen" vorbildlich repräsentieren würden. Mitte des vergangenen Jahres hatte die Gebietszeitung für Kasachstan feststellen müssen, dass in den Ortschaften vieler Sowchosen - die neuen Staatsgüter in Kasachstan wurden von Jugendlichen zumeist "aus wilder Wurzel" geschaffen - dreimal so viel Sektenanhänger vorhanden seien als Parteimitglieder oder Komsomolzen. Die grössten Schauprozesse gegen Sektierer haben seit der verstärkten antireligiösen Propaganda, die im vergangenen Sommer gestartet wurde, gerade im Neulandgebiet stattgefunden.

Auch die Sekten zogen ostwärts

Man kann die Beobachtung machen, dass es Sekten zwar noch immer wie ehedem in der Ukraine und in einigen Gebieten entlang der Wolga gibt, dass aber offenbar auch die Sekten dem offiziellen Trend nach dem Osten gefolgt sind, der zwangsweise während des letzten Krieges begonnen hat. So haben nicht nur die Wolgadeutschen bei ihrer Zwangsumsiedlung (während des Krieges auf Befehl Stalins) ihre Sekten nach dem östlichen und südlichen Ural und weiter nach Sibirien mitgenommen, auch die übrigen während und nach dem Kriege nach Sibirien deportierten Volksgruppen (aus dem Baltikum, der Südukraine,

der Krim, dem Kaukasus und anderen Gebieten) brachten ihre Sekten mit. Die Sekten gaben vielen in den neuen, durchaus wüsten Niederlassungsgebieten einen seelischen Halt. Sibirien war bereits zur Zarenzeit sektenfreundlich. Alte und neue Sektierer fanden sich schnell.

Baptisten am stärksten

Seit der neuen antireligiösen Aktion könnte man beim Lesen der sowjetischen Gebietszeitungen und der für die ganze Sowjetunion herausgegebenen deutschen Wochenzeitung "Neues Leben" den Eindruck gewinnen, dass die Sekten auf die Bevölkerung einen größeren Einfluss ausüben als die Parteinstanzen. Die "Zeugen Jehovas" sind wohl im Ural und in einigen sibirischen Gebieten sehr aktiv; doch sind ohne Zweifel die Baptisten am stärksten verbreitet. Die meisten Prozesse haben bisher gegen Baptisten stattgefunden, die man nicht nur im Gebiet von Orenburg, sondern entlang der Transsibirischen Bahn bis Nowosibirsk und Krasnojarsk, in ganz Kasachstan, aber auch in den anderen asiatischen Sowjetrepubliken antrifft. Sogar in der sibirischen Taiga haben sie ihre Gemeinden. Einer der Neuland-Schauprozesse wurde im Klub des Möbelkombinats in Schortandy im Gebiet der Hauptstadt Zelinograd gegen die Baptistenprediger Heinrich und Helene Kasner abgehalten. Er endete mit der "Aussiedlung der beiden für fünf Jahre in einen entfernten Rayon." Eine bekehrte Baptistin in Kirgisien erklärte im "Neuen Leben", dass die Mitglieder der Sekte "jede schöpferische Arbeit meiden, weder Kinos, noch Volksfeste besuchen und sich nicht an den Errungenschaften und Entdeckungen der Gelehrten freuen".

Es gibt auch Militärdienstverweigerer

Weitere häufig genannte Sekten sind die Evangelisten, die Adventisten und insbesondere die Pertekosten. In einer Kiewer Broschüre wird nicht nur über das Treiben dieser Sekte im Gebiet von Simferopol berichtet, sondern mit Entrüstung darauf hingewiesen, dass jugendliche Anhänger dieser Sekte die Ableistung der Wehrpflicht verweigern. Zu den Sekten, die sich aus der Zarenzeit erhalten haben, gehören schliesslich die Muraschkowzen, die schon vor 1917 als extrem reaktionär und monarchistisch sehr suspekt waren. Dass Hinweise auf diese Sekte in einem Prozess im Neulandgebiet publik wurden, war für das Regime eine besonders peinliche Überraschung.